

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden = Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université
Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden
Band: 41 (2015)
Heft: 4

Artikel: Migration im Spannungsfeld globaler und lokaler Kontexte
Autor: Wicker, Hans-Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894020>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Migration im Spannungsfeld globaler und lokaler Kontexte

Hans-Rudolf Wicker*

1. Einleitung

In der Ersten Welt existiert gegenwärtig wohl kein anderes Thema, das in der Öffentlichkeit und in der Politik so hohe Aufmerksamkeit auf sich zieht wie Migration. In amerikanischen Wahlkämpfen figuriert die in Zentral- und Mittelamerika generierte irreguläre Immigration seit Jahrzehnten als topgesetztes Thema. In europäischen Ländern wiederum erfreuen sich rechtsnationale Parteien, die mit xenophobem Unterton quasi permanent vor Zuwanderung und kultureller Pluralisierung warnen, eines ansteigenden Zulaufs.

Kein Zufall ist es, dass sich seit der Auflösung des Sowjetreichs auch Wissenschaften vermehrt mit Migrationsfragen beschäftigen. 1992 startete die Europäische Kommission mit COST-A2 erstmals ein gesamteuropäisches Forschungsprogramm, das sich mit der Frage beschäftigte, wie sich die Europäische Union mit Blick auf transnationale Mobilität und Migration besser integrieren lasse (Wicker 1997). Nicht wenige Nationale Forschungsräte folgten dem Beispiel. So wurde Mitte der 1990er Jahre in der Schweiz das NFP 39 zum Thema «Migration und interkulturelle Beziehungen» gestartet, in dem interdisziplinär und facettenreich die Bedeutung von Zuwanderung, von Integration und von transnationalen Bindungen untersucht wurden (Wicker et al. 2003). Bereits an dieser Stelle zeigt sich, dass Migration als Folge von intensiver Beforschung schnell einmal seinen apodiktischen Zuweisungscharakter – Zuwanderung ist entweder gut und nützlich oder aber schlecht und schädlich – verliert, und einem differenzierten Erkenntnispektrum weicht.

Als weiterer Ausdruck der sich im auslaufenden 20. Jahrhundert abzeichnenden Wende ist die Institu-

tionalisierung der Migrationsforschung zu nennen. Praktisch in allen europäischen und nordamerikanischen Staaten sowie in einigen asiatischen Ländern finden sich heute Forschungsinstitute, die sich Migration und anverwandten Themen – transnationale Mobilität, Integration, Bürgerrechte, Diskriminierung – widmen. Mehr als dreissig solcher Institute sind in IMISCOE (*International Migration, Integration, and Social Cohesion*) gesammelt, einem gesamteuropäischen Netzwerk von Forschungseinrichtungen und Forschenden zu Migration, das vor allem dem Austausch von Forschungserkenntnissen dient. Die Schweiz ist in IMISCOE durch das SFM (Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien) vertreten, einem Forschungsinstitut, das 1995 in Neuenburg gegründet wurde und das inzwischen Teil der dortigen Universität ist. Gestützt durch SFM wurde an der Universität Neuenburg vor mehreren Jahren nicht nur ein Masterprogramm für Migrationsstudien, sondern darüber hinaus auch ein Institut für Migrationsrecht aufgebaut. So gesehen erstaunt es nicht, dass sich in Neuenburg nicht nur Migrationsstudien häufen; dort findet sich auch die schweizweit beste Migrationsbibliothek. In Anbetracht der extensiven Forschungstätigkeit zu Migrationsfragen in der Schweiz, in Europa und weit über den Kontinent hinaus, erstaunt es nicht, dass es schwierig bis unmöglich ist, sich einen Überblick zum Forschungsstand zu verschaffen. Im Folgenden werden deshalb nur einige übergeordnete Themenstränge skizziert.

2. Migrationsregime

Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – zur Zeit der grossen transatlantischen Menschenbewegungen – zeigte sich ein Zusammenhang zwischen Wanderungswilligen einerseits und migrationspolitischen Regelwerken von Nationalstaaten andererseits. Auswandererstaaten, zu denen praktisch alle europäischen Länder gehörten, ermöglichten Auswanderungserleichterungen. Zu diesen zählten das Ausstellen von Personaldokumenten, das Auflegen von Information zu wichtigen Zielländern, das Dulden von Agenturen, die Gruppenauswanderungen organisierten, sowie hin und wieder auch Finanzhilfen für Abwanderungswillige. Einwandererstaaten wiederum, zu denen neben Ländern des amerikanischen Kontinents auch Australien und Neuseeland gehörten, hielten für Ankömmlinge Willkommenszeremonien sowie Eingliederungshilfen bereit.

Die unterschiedlichen Modalitäten zu Aus- und Einwanderung wirken bis heute nach. Immigrations-

* Institut für Sozialanthropologie, Universität Bern, Lerchenweg 36, 3000 Bern 9.

E-mail: hans-rudolf.wicker@anthro.unibe.ch

http://www.anthro.unibe.ch/content/ueber_uns/direktorinnen/prof_dr_hans_rudolf_wicker/index_ger.html



Hans-Rudolf Wicker, Dr. phil., war von 1988 bis 2012 Professor für Ethnologie an der Universität Bern. Seine Forschungen erstrecken sich auf Lateinamerika und Europa, einschliesslich der Schweiz. Forschungsschwerpunkte sind Migration, politische Anthropologie und Minderheitenfragen. Er ist Mitbegründer des Schweizerischen Forums für Migrationsstudien (Neuenburg) sowie des Central European Forum for Migration Research (Warschau). Seine letzte Buchpublikation: *Migration, Differenz, Recht und Schmerz. Sozialanthropologisches Essays zu einer sich verflüchtigen Moderne*. Zürich: Seismo 2012.

staaten entwickelten eigentliche Einwanderungsregime mit entsprechenden *Immigration Laws* und *Border Controls*, die es erlaubten, Zuwanderung selektiv zu gestalten. Europäer wurden in den USA bevorzugt aufgenommen; mit dem *Chinese Exclusion Act* (1882) wurden hingegen Chinesen, mit dem *Barred Zone Act* (1917) sogar alle Asiaten – mit Ausnahme von Philippinern – ferngehalten. Zur Selektion diente aber auch Persönliches: Armen, Kriminellen und psychisch Kranken zum Beispiel wurde der Zutritt verweigert, Gutbetuchte hingegen – jene nämlich, welche die Zuwanderungssteuer zu entrichten vermochten – wurden bevorzugt durchgelassen. Zum Zuwanderungsregime der Vereinigten Staaten gehörte weiter, dass jene, welche die Grenzkontrolle passiert hatten, keine weiteren Überprüfungen mehr zu erwarten hatten. Dies aus dem einfachen Grund, weil es keine Einwohnerkontrolle gab, die gegenüber Neuzuziehenden eine Meldepflicht durchzusetzen vermochte.

In europäischen Ländern verlief der Aufbau von Migrationsregimen anders. Vor allem auf Auswanderung fokussiert – siehe dazu detaillierte Auswanderungsstatistiken –, blieben Landesgrenzen für die Zuwanderung beziehungsweise für die innereuropäische zirkuläre Migration weitgehend offen. Anstelle von migrationsspezifischen Grenzkontrollen bauten die meisten Länder des Kontinents Einwohnerkontrollen aus, sie formulierten detaillierte Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen und sie erhöhten im 20. Jahrhundert auch sukzessive die Einbürgerungsanforderungen. Auf diese Weise entstanden Regelwerke, die mehr auf die Kontrolle der im Lande lebenden Ausländer setzten als auf Zuwanderung.

Im europäischen Nationalstaatsgefüge bildet die Schweiz eine Ausnahme. Als einziges Land verzeichnete die helvetische Republik um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert nicht nur eine starke Auswanderung, wie andere Staaten Europas auch, sondern gleichzeitig auch eine Zuwanderung, welche derjenigen von amerikanischen Staaten nur wenig nachstand. Auf diese Weise erreichte die Schweiz bereits um 1915 einen Ausländeranteil von fünfzehn, Städte wie Genf und Basel sogar einen solchen von über dreissig Prozent.

Der Schluss liegt nahe, dass jenes Bild, das sich insbesondere europäische Nationalstaaten in der konstitutiven Phase von sich selbst zu entwerfen versuchten, nämlich dass sie auf einem gegebenen nationalen Territorium ein eigenes nationales Volk repräsentieren würden, nur beschränkt korrekt ist. Von Beginn weg spielte transnationale Mobilität in die Entstehung solcher Staaten hinein. Womit sich erklärt, weshalb nationale Grenzen nicht allein Eigenes von Frem-

dem trennen, sondern dass sie auch dazu dienen, Auswanderung und Einwanderung soweit möglich geordnet, auf jeden Fall aber kontrolliert zuzulassen.

3. Arbeitsmigration versus Flucht

Zwar ist internationale Migration kein neues Phänomen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg arbeiteten polnische Wanderarbeiter saisonal auf den Zuckerrübenfeldern von Aarberg, und ein Grossteil der Infrastrukturarbeiten auf helvetischem Territorium – inklusive die Eisenbahntunnels am Gotthard und Simplon – wurde vorwiegend mit italienischen Arbeitern getätigt. Nach dem zweiten Weltkrieg starteten die USA mit *Bracero* ein Regierungsprogramm, das erlaubte, in Mexiko direkt für die sich abzeichnende Nachkriegskonjunktur billige Arbeitskraft zu rekrutieren. Deutschland tat dasselbe in Spanien und der Türkei und die Schweiz in Italien. Da in Europa in den 1950er Jahren Arbeitskraft rar zu werden begann, bediente sich Frankreich im Maghreb und Grossbritannien in Pakistan und Indien. Aufstrebende Staaten, die sich bald einmal im Status von Schwellenländern sonnten, definierten eigene Rekrutierungsgebiete. Nach Südafrika zogen aus benachbarten Ländern Abertausende, um in dortigen Minen zu arbeiten. Saudi-Arabien und die Golfemirate ihrerseits stillen heute ihren Bedarf an billiger Arbeitskraft, indem sie den gesamten südasiatischen Raum zum Rekrutierungsgebiet erklären. Indonesien beliefert seinerseits Malaysia mit Arbeitskraft und Malaysia wiederum Thailand und Vietnam. In diesem immensen, in Süd- und Südostasien entstandenen Arbeitsmarkt, der durch offiziell anerkannte Arbeitsvermittlungsagenturen funktionsfähig gehalten wird, bildete sich auch erstmals das heraus, was in akademischen Zirkeln mit Feminisierung der Migration umschrieben wird. Bereits um die Jahrtausendwende wurde geschätzt, dass Frauen die Hälfte internationaler Migranten stellen (IOM 2003: 4ff.). Einerseits sind es wachsende Mittelschichten in Entwicklungs- und Schwellenländern, die einen steigenden Bedarf an weiblicher Arbeitskraft zur Versorgung ihrer Haushalte anmelden und die sich genauso wie private Firmen von international agierenden Agenturen mit billigen Arbeitswilligen versorgen lassen. In der ersten Welt ist es andererseits die wachsende Pflegeindustrie – Kliniken, Pflegeheime, Einzelhaushalte – die für das Betreuen von Kranken und Alten Migrantinnen sucht. So überrascht es nicht, dass in den Philippinen bereits seit längerer Zeit Pflegefachfrauen nach westlichen Standards ausgebildet werden, damit sich diese auf westlichen – insbesondere auf angelsächsischen – Gesundheitsmärkten bewerben können.

Weltweit betrachtet gelten heute über 230 Millionen Menschen als *transnational migrants*, dies sind 3,2 Prozent der Weltbevölkerung. Weitere 740 Milli-

onen sind Binnenmigranten.¹ Die Tatsache, dass sich die Zahl transnationaler Migranten seit 1990 um 34 Prozent erhöht hat, ist Ausdruck zunehmender Globalisierung, durch die nationale Arbeitsmärkte internationalisiert und miteinander verflochten werden. Intensiv wie nie zuvor wirken – wie von der neoklassischen Ökonomie postuliert – *push-pull*-Faktoren, bewegen sich doch Migrationsströme mehrheitlich von Niedriglohngebieten weg in Richtung von Hochlohngebieten.

Auch der Flüchtlingskontext hat sich im Zuge fortschreitender Globalisierung grundlegend verändert. In abnehmender Zahl werden Flüchtlinge durch zwischenstaatliche Kriege generiert. Fluchtursachen finden sich heute in erster Linie in den von sozial, ethnisch und/oder religiös geprägten Bürgerkriegen heimgesuchten Staaten. Auch die Zahl der Flüchtlinge ist seit dem Zweiten Weltkrieg permanent im Steigen begriffen. Laut UNHCR waren es Ende 2013 bereits 16,7 Millionen Menschen, hinzu kommen 33 Millionen intern Vertriebene. Über eine Million Flüchtlinge haben 2013 Asylgesuche gestellt, die meisten in Deutschland, den USA, in Süd-Afrika sowie in Frankreich und Schweden. Dies darf freilich nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass 86 Prozent aller Flüchtlinge weltweit in Dritt-Welt-Staaten und Schwellenländern untergebracht sind, die meisten von ihnen in Pakistan und im Iran, gefolgt vom Libanon, von Jordanien und von der Türkei.

Obwohl Arbeitsmigration und Flucht durch unterschiedliche Rechtsquellen definiert werden – Erstere durch staatliche Regelungen hinsichtlich Zugang zu nationalen Arbeitsmärkten, Letztere durch die Flüchtlingskonvention sowie durch nationale Asylgesetzgebungen – ergeben sich Überschneidungen. Diese werden umso bedeutsamer, je stärker Nationalstaaten ihre Arbeitsmärkte vor legaler Zuwanderung abzuschotten suchen. Trifft dies zu, erliegen Menschen nicht selten der Versuchung, den Zugang zu Hochlohnmärkten und zu Wohlfahrtsstaaten über die Asylschiene erzwingen zu wollen, und dies auch, falls Wanderungsmotive mehr wirtschaftlicher denn politischer Natur sind. Darüber hinaus gilt für beide Wanderungsformen, dass nationale Abschottungen, materialisiert in verschärften Grenzkontrollen und härteren Aufenthalts- und Niederlassungsregulierungen, nicht transnationale Migration zu stoppen vermögen. Sie lassen allein die Schlepperkosten in die Höhe schnellen und leisten dem illegalen Aufenthalt Vorschub. IOM schätzt die Zahl irregulärer Migranten auf 50 Millionen weltweit und die Zahl der jährlich illegal in die USA Einreisenden auf drei Millionen.

In der Schweiz wiederum werden Sans-Papiers auf ein- bis zweihunderttausend geschätzt.

Nationale Abschottungen erhöhen die Wanderungsrisiken. So sind zwischen dem 1. Januar und dem 8. Dezember 2014 im Mittelmeer 3'224, in Nordamerika 307, in Ost-Afrika 251, am Horn von Afrika 311, im Golf von Bengalen 540, in Südostasien 74, in der Karibik 66, in der Sahara 56, und in anderen Regionen der Welt weitere 85 Menschen während der Migration zu Tode gekommen. Laut IOM sind im laufenden Jahr bis Ende Juli bereits mehr als 2'000 Migrierende im Mittelmeer ertrunken.

Im Gegensatz zu früher sind Migranten in der heutigen Zeit gut informiert, was ihnen sowohl die Suche nach Wanderwegen als auch die Auswahl von Zielländern erleichtert. Als verantwortlich für diese Entwicklung zeichnen sowohl das weltweit gespannte digitale Kommunikationsnetz als auch die beträchtliche Verbreitung von Mobiltelefonen, die auch von Migranten ausgiebig genutzt werden. Die durch die Informationstechnologie gestützte Globalisierung führt zwar zur Ausweitung von Migration, sie reduziert jedoch nicht die Risiken, die Flüchtlinge und andere transnationale Wanderer auf ihrem Weg zu einem besseren Leben eingehen.

4. Liberale Wirtschaft – konservativer Staat

Bereits vor längerer Zeit stellte Gary Freeman (1986) fest, dass liberale Wirtschaften sehr wohl in der Lage sind, mit der *free movement of labor* zu existieren, nicht jedoch nationale Wohlfahrtsstaaten. Zwischen *closed welfare states* und *open economies* würde ein Spannungsfeld existieren, das sich mit zunehmender Zuwanderung sukzessive erweitert. Dieser These liegt die Vermutung zugrunde, dass Marktwirtschaften und Nationalstaaten unterschiedlichen Logiken folgen. Laut neoklassischer Arbeitsmarktanalyse führt Einwanderung im Immigrationsland zu fallenden Löhnen, dies bei steigender Gesamtbeschäftigung und fallender Inländerbeschäftigung. Das Ausmass des Lohndrucks und des Beschäftigungsverlustes für Einheimische hängt nach diesem Modell davon ab, inwiefern Eingewanderte in direkter Konkurrenz und damit substitutiv zu Einheimischen eingesetzt werden, oder aber komplementär, in Arbeitssegmenten folglich, für die kein inländisches Angebot existiert. Trifft Letzteres zu, findet kein Lohndruck nach unten statt. Optimistische Ökonomen weisen darüber hinaus darauf hin, dass Zuwanderung konjunkturelle Schwankungen glättet. Pessimisten hingegen glauben, dass insbesondere Zuwanderung im Tieflohnsegment Unternehmer zum Aufschieben von Rationalisierungen verleitet, wodurch Strukturschwächen zementiert würden.

¹ Diese und die folgenden Zahlen sind IOM (2014) entnommen.

Lässt sich die unternehmerische Logik auch mit Blick auf Migration auf das Prinzip von Angebot und Nachfrage zurückführen, so folgt die nationalstaatliche Logik mehr der Regel, das schützenswerte Eigene dem weniger schützenswerten Fremden gegenüberzustellen. Folge dieser Konstellation ist ein in Gesetzen, Reglementen und nationalen Ideologien verankertes latentes Misstrauen gegenüber Fremden, das im Zuge aufkommender sozialer und politischer Konflikte leicht zu mobilisieren ist. Im Zuge des Aufbaus von Nationalstaaten wurde Zugewanderten – zum Beispiel den in der Schweiz lebenden Ausländern (Raymond-Duchosal 1929) – denn auch immer wieder die Loyalitätsfrage gestellt. Nur Assimilation – heute Integration – kann Misstrauen abbauen. Es sei daran erinnert, dass Schweizer Frauen, die sich erlaubten, einen Ausländer zu heiraten, bis 1952 automatisch ausgebürgert und zur Annahme der Staatsbürgerschaft des Ehemannes gezwungen wurden. Die Bemühung rechtsnationaler Politiker, das 1992 eingeführte Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft zu hinterfragen, weil es laut ihnen nicht vorstellbar ist, dass ein Mensch mehr als einem Staat gegenüber gleichermassen loyal sein kann, steht in derselben Linie. Richtete sich der Vorwurf fehlender Loyalität in der schweizerischen Nachkriegszeit zuerst gegen Italiener, in den achtziger Jahren sodann gegen Tamilen und in den Neunzigern gegen Jugoslawen, so stehen heute vor allem Muslime im Fokus des Misstrauens. Allerdings wäre es verfehlt, dieses auf angeborene, sozusagen nationale xenophobe Haltungen zurückführen zu wollen. Ebenfalls wäre es verkürzt, irgendwelche kulturelle Distanzen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern von Migration verantwortlich machen zu wollen. Den zwar in Bevölkerungen und Parteienlandschaften nicht gleichmässig verteilten, jedoch gleichwohl weit verbreiteten ablehnenden Haltungen gegenüber fremden und weniger fremden Zuwanderern liegt vielmehr ein Phänomen zugrunde, das sich mit verfügbaren wohlfahrtsstaatlichen Leistungen erklären lässt. In der Schweiz wurde «Überfremdung» erstmals als politische Waffe eingesetzt, als um die Wende zum 20. Jahrhundert die Frage breit diskutiert wurde, ob Ausländern in gleicher Weise Zugang zu Fürsorge- und Krankenversicherungssystemen gewährt werden sollte wie der schweizerischen Bevölkerung (Niederberger 2004: 12–13).

Offensichtlich werden die mehr oder weniger liberalen migrationspolitischen Positionen, wie sie gewöhnlich von Vertretern von Wirtschaftsverbänden in Bezug auf Migration vertreten werden, durch nationalstaatlich definierte Bürger und deren Repräsentanten teils im Zaum gehalten, teils auch konterkariert. Hieraus erklärt sich, weshalb nationale Migrationspolitiken weder eindeutig liberal noch ausschliesslich konser-

vativ ausgerichtet sind. Sie sind und bleiben in sich widersprüchlich, was sich etwa daran zeigt, dass eine harte Ausschaffungspolitik ohne weiteres mit einer zeitweilig offenen Aufnahme von Flüchtlingen einhergehen kann – oder aber eine geduldete «offene» Zuwanderung von EU-Bürgern sich nicht an der Tatsache reibt, dass Ausländern politische Rechte sowie erleichterte oder gar automatische Einbürgerungen vorenthalten werden.

5. Globale Verflechtungen

Die Ursachenforschung für Migration ist vor längerer Zeit zum Stillstand gekommen, da die Gründe, die Menschen zur Flucht oder zur Abwanderung treiben, zu offensichtlich sind. Wenn es nicht humanitäre oder politische Motive sind, so sind es wirtschaftliche. Allen Gründen übergeordnet ist jeweils die Hoffnung, in der Ferne das zu finden, was zuhause vermisst wird, nämlich Sicherheit, Arbeit und vielleicht sogar etwas Wohlstand. Erwiesen ist zudem, dass Migrationsströme in der heutigen Zeit immer dieselbe Richtung nehmen, sie bewegen sich, was Entwicklung, Einkommen und relativer Reichtum betrifft, von «tief» zu «hoch» und kaum jemals umgekehrt. Weiter hat die Forschung gezeigt, dass sich Migranten entlang von Netzwerken bewegen und sich dorthin begeben, wo bereits Verwandte, Bekannte oder zumindest Landsleute ansässig sind. Das Nutzen von Netzwerken macht transnationale Wanderung nicht nur sicherer, es werden auch Transaktions- und Integrationskosten gesenkt. Diasporische Gilden – im deutschsprachigen Raum sind dies häufig Ausländer- oder Migrantenvereine – halten die Verbindung zwischen Aufnahme- und Herkunftsländern aufrecht und sichern das Funktionieren von transnationalen Netzwerken. Sie leisten auch Integrationshilfen, von denen Neuankömmlinge besonders profitieren. Entlang solcher Netzwerke wird nicht nur migriert, es wird auch geheiratet und es werden Unterstützungsgelder – sogenannte *Remittances* – zu Familien und Verwandten in die Herkunftsländer rücktransferiert. Schlepperorganisationen sind – soweit sie professionell arbeiten – sehr oft Angehörige solcher Diasporanetzwerke. Die Zahlen der OECD und der Weltbank belegen, dass der Rückfluss von migrationspezifischen *Remittances* für Entwicklungsländer nicht selten das Mehrfache dessen beträgt, was Länder als Entwicklungshilfe in Empfang nehmen. Dies erklärt die entwicklungspolitische Komponente, die der Migration von internationalen Institutionen zugeschrieben wird (IOM 2005: 269–285), sowie das fehlende Interesse von Regierungen solcher Länder, eigene Landsleute von der Migration abzuhalten. Nicht nur, dass Abwanderung Sendestaaten sozial entlastet, sie bringt ihnen darüber hinaus beträchtliche Devisen. So zeigen Studien aus Zentralamerika, dass ländliche

Gemeinden, die Verwandte und Bekannte in den USA haben, erheblich besser dastehen als Kommunen, die keine *Remittances* in Empfang nehmen können – und dies unabhängig davon, welchen Beschäftigungen die Ausgewanderten nachgehen.

Als Letztes ist zu erwähnen, dass Abwanderung zwar in Dritt-Welt- und Schwellenländern sozialen Druck wegnimmt, jedoch kaum zur Reduktion von Armut beiträgt. Der Grund dafür ist, dass aus solchen Ländern nicht die Ärmsten abwandern, sondern Angehörige von Mittelschichten; von Familien demnach, die über genügend Bildung und Information verfügen, um Migrationspläne zu entwerfen und umzusetzen, die vielleicht sogar in Zielländern Angehörige haben, mit denen sie mittels moderner Telekommunikation (Handy, Skype) bereits in direktem Kontakt stehen, und die auch genügend Mittel zusammenbringen, um Familienmitglieder auf die Reise schicken zu können. In Erwartung von künftigen Migrationserlösen sind solche Familien auch bereit, sich zu verschulden.

Das Verdichten der sich zwischen Herkunfts- und Aufnahmestaaten erstreckenden Netzwerke ist Ausdruck voranschreitender Globalisierung und der Internationalisierung von Arbeitsmärkten. Abgesehen von eigentlichen Bürgerkriegsflüchtlingen folgen transnationale Wanderer den Marktgesetzen liberalisierter Ökonomien. Migranten verstehen sich als abwägende und rational handelnde Kleinunternehmer, die nicht nur bereit sind, in die Zukunft zu investieren, sondern auch, für ein besseres Leben Risiken einzugehen. Wie Grossunternehmer halten auch Migranten nationale Grenzen und die sie ausschliessenden Regelwerke für Hindernisse, die es zu überwinden gilt. Je stärker die Abschottung, umso höher der Preis. Dies die Erklärung dafür, weshalb sich Migranten mehrheitlich in Nachbarländern finden und nicht in den sich abschottenden Staaten der Ersten Welt.

Die widersprüchliche Kluft zwischen einem *closed welfare state* und einer *open economy* wird im Zuge fortschreitender Globalisierung nicht nur grösser, sie vertieft sich auch; und dies sowohl für all jene Wanderer, die bereits in ihren Wunschländern angekommen sind, als auch für jene, die sich noch auf dem Weg dorthin befinden oder die sich erst auf die grosse Reise vorbereiten. Sie alle geben ein beredtes Zeugnis davon ab, dass Migration weiterhin ein wichtiges Thema bleiben wird, so lange nämlich, wie Herkunfts- und Zielländer bezüglich Entwicklung, Prokopfeinkommen und relativer Armut weit auseinander liegen. Erst mit dem Schliessen der Kluft reduziert sich auch der *push-pull-Sog* und der Migrationssaldo bewegt sich langsam gegen Null zu, was

nichts anderes bedeutet, als dass sich Ein- und Auswanderung die Waage halten. Die Schweiz erreichte diese Balance bereits Ende des 19. Jahrhunderts, das heisst, sie mutierte von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland. Italien machte diesen Schritt in den 1980er Jahren und die Türkei kurz nach der Jahrtausendwende, was unter anderem zur Folge hatte, dass auch die Rückwanderung eigener Landsleute einsetzte.

6. Ausblick

Seit Jahren versuchen sich reiche Länder vor jenen Zuwanderern aus Drittstaaten zu schützen, die sie als unerwünscht erachten. Zu vorbeugenden Massnahmen gehören Rekrutierungsverbote für die Privatwirtschaft, Visabeschränkungen, verschärfte Asylgesetzgebungen sowie Zwangsausschaffungen und Rückführungen. Ausschaffungen erreichen gegenwärtig in Europa und Nordamerika solche Höhen, dass genaue Zahlen lieber im Dunkeln gelassen werden. Die Neigung, Landesgrenzen mit Mauern und Stacheldrahtzäunen dichtzumachen, um auf diese Weise ungebetene Gäste fernzuhalten, hat inzwischen auch den europäischen Kontinent erfasst. Von Ceuta und Menilla bis nach Griechenland, Bulgarien und Ungarn finden sich bereits kilometerlange Bollwerke dieser Art. An den EU-Aussengrenzen wird der Grenzschutz kontinuierlich ausgebaut und neben wirklichen werden auch symbolische Zäune errichtet. Bisherige Erfahrungen zeigen allerdings, dass eine starke Abwehr noch nie vor illegaler Zuwanderung geschützt hat. Angeblich undurchlässige Grenzen treiben vor allem die Transaktionskosten in die Höhe, sie lassen erst eigentlich Schlepperagenturen entstehen und sie zwingen Migranten, ihre Risikobereitschaft zu erhöhen.

Die Frage drängt sich auf, ob angesichts des sich Abschottens die Migrationskosten – in Form von Geld, aber auch in Gestalt von sozialen und seelischen Schäden – nicht bereits zu hoch sind; und dies sowohl für jene, die sich auf die Suche nach einem besseren Leben auf die Wanderschaft begeben, als auch für Gesellschaften, die bereit sind, sich mit immer mehr Steuermitteln und von immer höheren Mauern schützen zu lassen. Ein indirekter Beleg für solche Schäden ist im Aufstieg von rechtspopulistischen Parteien in Europa zu sehen, die fast ausschliesslich von der Agitation gegen Zuwanderer im Allgemeinen und gegen Muslime im Besonderen gross werden. In vielen Ländern wird der Ruf nach militärischem Grenzschutz immer lauter und es dürfte eine Frage der Zeit sein, bis an EU-Aussengrenzen erste Schüsse fallen. Spätestens in diesem Moment wird man von der Existenz eines neu erwachten, staatlich gestützten Faschismus sprechen müssen.

Vieles spricht dafür, dass in Bezug auf Migration eine Richtungsänderung gesucht werden sollte – und dies auf gesamteuropäischer Ebene. Hauptbestandteil einer neuen Politik müsste eine deutliche Liberalisierung der Zuwanderung aus Drittstaaten sein. Zwar würde Humanitäres in einem neuen Migrationsregime weiterhin Bestand haben, die Arbeitsmigration selbst müsste jedoch einer Kosten-Nutzen-Analyse unterstellt werden. Grenzen würden geöffnet, falls der Nutzen nicht nur für Sendeländer und Migrierende, sondern auch für Aufnahmeländer die Kosten übersteigt. Nicht nur würde mit der unter liberalem Vorzeichen zugelassenen transnationalen Verflechtung von Arbeitsmärkten Druck von der Flucht- und Asylszene weggenommen. Ein solchermassen umgestaltetes Regime würde Wanderungswilligen auch erlauben, nicht nur Risiken, sondern auch Kosten massiv zu senken; schliesslich würden sie nun Landesgrenzen legal überschreiten und nicht wenige würden auf dem Luftweg einfliegen. Bleibt noch zu belegen, dass der Nutzen auch für Nationalstaaten beträchtlich sein wird, wofür an dieser Stelle nur einige strukturelle Faktoren aufgelistet werden können.

Einmal wirkt Zuwanderung dem in europäischen Ländern immer deutlicher sich abzeichnenden Bevölkerungsschwund entgegen. Da zudem zugewanderte Familien in der Regel jünger und kinderreicher

sind als einheimische, helfen sie mit, die Überalterung nationaler Bevölkerungen wenn auch nicht zu verhindern, so doch zu verlangsamen. Auch aus wohlfahrtsstaatlicher Sicht spricht einiges für offenere Grenzen, zeichnet doch die Altersdiskrepanz von Einheimischen und Zugewanderten dafür verantwortlich, dass Erstere mehr Sozial- und Krankengeld beziehen als sie einzahlen, während Letztere umgekehrt mehr einzahlen als sie beziehen. Dies wären schon einmal gewichtige Gründe, damit überalterte Gesellschaften die Türen für Zuwanderer offen halten – dies aus reinem Eigennutz.

Bleibt als letztes Argument die Wirtschaft. Da in hochentwickelten Ländern die Werktätigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung prozentual immer mehr abnehmen und Unternehmen auch immer mehr Mühe bekunden, qualifiziertes Personal zu finden, es zudem im kompetitiven globalen Markt schwieriger wird, Produktivitätszuwachs zu erzwingen und Wirtschaftswachstum zu erzeugen, werden sich über kurz oder lang Konjunkturkrisen in einer Absenkung des Bruttoinlandproduktes niederschlagen, wie das bereits in Japan festgestellt werden kann. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht werden deshalb Länder mit einer offenen Zuwanderungspolitik mittelfristig besser dastehen als sich abschottende Staaten. ■

Literatur

- Freemann, Gary P. (1986): Migration and the Political Economy of the Welfare State. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 485: 51–63.
- IOM (2003): Managing Migration. Challenges and Responses for People on the Move. Geneva: International Organization for Migration.
- IOM (2005): World Migration Report 2005. Costs and Benefits of International Migration. Geneva: International Organization for Migration.
- IOM (2014): Global Migration Trends: An Overview. Geneva: International Organization for Migration.
- Niederberger, Josef Martin (2004): Ausgrenzen, Assimilieren, Integrieren. Zürich: Seismo.
- Raymond-Duchosal, Claire (1929): Les Etrangers en Suisse. Paris: Alcan.
- Wicker, Hans-Rudolf (ed.), (1997): Rethinking Nationalism and Ethnicity. The Struggle for Meaning and Order in Europe. Oxford: Berg.
- Wicker, Hans-Rudolf, Rosita Fibbi, Werner Haug (Hrsg.), (2003): Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen». Zürich: Seismo.